

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Kersten Artus (DIE LINKE) vom 22.08.11

und Antwort des Senats

Betr.: Nachfrage zur Drs. 20/1211 – Schweinegrippe. Wie schützt sich Hamburg gegenwärtig und künftig vor Knebelverträgen mit der Pharmaindustrie?

„Im Dezember 2007 haben alle Länder der Bundesrepublik Deutschland gleichlautende Verträge mit GlaxoSmithKline (GSK) abgeschlossen, mit denen die Lieferung von 82 Millionen Dosen pandemischen Impfstoffes für den Fall des Ausbruchs einer Pandemie gesichert wurden. Mit der Ausrufung der Pandemiestufe 6 aufgrund der weltweiten Infektionen mit dem neuen Virus A/H1N1 durch die WHO im Juni 2009 wurden die Pflichten aus dem Vertrag mit GSK bundesweit ausgelöst.“ (Drs. 19/6497, Nachbewilligungen nach § 33 Landeshaushaltsordnung, Nachforderungen für die Kosten zur Durchführung der Impfung gegen die Neue Influenza A/H1N1, Haushaltstitel 4930.671.02, „Aufwendungen im Zusammenhang mit der Pandemie“)

Ich frage den Senat:

1. *Gibt es derzeit Verhandlungen mit Pharmaunternehmen über den Abschluss eines vergleichbaren Vertrages?*

Nein. Im Übrigen siehe Drs. 20/1211.

2. *Wie weit ist der Stand der Verhandlungen?*
3. *Wer befindet sich für die Bundesländer in der Verhandlungskommission?*
4. *Wann ist mit dem Abschluss eines Vertrags zu rechnen?*

Entfällt. Im Übrigen siehe Antwort zu 1.